



11. Dezember 2018

Kurzbericht: Neuer Entwurf für das GebäudeEnergieGesetz (GEG 2019)

Autorin: Melita Tuschinski, Dipl.-Ing.UT, Herausgeberin EnEV-online.de

© Collage: M. Tuschinski, © Foto: puckillustrations - Fotolia.com

Kurzinfo

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung des Vortrags der Autorin am 29. November 2018 auf den Gipfeltreffen des Holzwirtschaftsrates in Berlin. Im Fokus stand dabei der neue Entwurf für das kommende GebäudeEnergieGesetz (GEG), welches die zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft und Energie (BMWi) und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit Stand vom 1. November 2018 verfasst hatten. Im Vorfeld hatte die Autorin Fragen dazu an die Parteien im Bundestag sowie an relevante Wirtschaftsverbände versandt. Die erhaltenen Antworten sind teilweise auch hier wiedergegeben.

GebäudeEnergie-Gesetz (GEG)

Twitter politische stets ganz aktuell:

Wer heute Informationen zu politischen Themen sucht und die neuesten Meldungen nicht verpassen will, für den ist das soziale Online-Netzwerk Twitter die richtige Adresse. So erfährt man auch auf den Twitter-Seiten von Dr. Denny Ohnesorge, Geschäftsführer des Deutschen Holzwirtschaftsrats e.V., dem 550 interessierte „Follower“ auf Twitter folgen, was Prof. Dr.-Ing. Annette Hafner, Expertin im Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik, bei der Umwelthilfe zum GebäudeEnergieGesetz (GEG) gesagt hat: „Es ist genug Nadelholz in unseren Wäldern verfügbar, um bis 2050 deutlich mehr effiziente Holzhäuser zu bauen und so Treibhausgase einzusparen.“ Die Suche der Autorin in Twitter nach dem Stichwort „GebäudeEnergieGesetz“ zeigt zahlreiche aktuelle Reaktionen und per E-Mail erhielt sie während der Vorbereitung des Vortrags täglich neue Stellungnahmen mit Positionen der Verbände zu dem neuen GEG-Entwurf.

GEG-Entwurf 2017:

Erinnern wir uns: Im Jahr 2016 führten das Bundesbauministerien (damals beim Bundesumweltministerium BMU angesiedelt) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zwei SPD-Politikerinnen. Der Referentenentwurf der beiden Häuser aus dem Herbst 2016 ging zunächst den üblichen parlamentarischen Weg: Die betroffenen Wirtschaftsverbände hatten nur ganz kurz Gelegenheit ihre Stellungnahme zur Version vom 23. Januar 2017 einzureichen.

Konzept:

Der damalige Entwurf für das längst fällige Gesetz führte endlich zusammen die bis heute parallel laufenden Regelungen für Gebäude: Energieeinsparungsgesetz (EnEG), Energieeinsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG). Das es dazu kommen konnte, lag allerdings auch an den europäischen Vorgaben, die von unterschiedlichen Abteilungen der EU-Kommission und aus unterschiedlichen Jahren stammten. Diese bürokratische

Aufteilung der Aufgaben innerhalb der EU-Kommission hat sich bis in unsere Planungs- und Baupraxis hineingezogen und viel Frust und auch Ärger verursacht. Wir sprechen hier insbesondere von der Energieeinsparverordnung (EnEV) und dem Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG). Planer und Bauherren müssen diese beiden Regelungen direkt berücksichtigen.

Doch die Probleme des Umweltschutzes und des energiesparenden Bauens waren bereits seit den 70-er Jahren ein europäisches Thema, denn Heizungsabgase kennen bekanntlich keine Ländergrenzen.

- **EnEG** - das Energieeinsparungsgesetz (EnEG) schlägt seit 1976 die Brücke zwischen den Vorgaben der EU und den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Es verpflichtete den Bund Regelungen mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen zur Energieeinsparung in Gebäuden. Dies führte zunächst zur Wärmeschutzverordnung (WSchVO) und später zur EnEV.
- **EnEV** - die Energieeinsparverordnung für Gebäude und ihre Anlagentechnik (EnEV) führte seit 2002 die bis dahin geltende WSchVO und Heizungsanlagenverordnung (HeizAnV) in einer gemeinsamen Regelung zusammen und hatte seither stets die Gesamtenergieeffizienz der Gebäude im Blick.
- **EEWärmeG** - das Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG) verpflichtet seit 2009 Bauherren in ihren Neubauten und im Falle von bestimmten, großflächigen Erweiterungen im Bestand erneuerbare Energien zu nutzen für die Deckung des Bedarfs an Wärme und Kälte im Gebäude.

Position DHWR zum GEG-Entwurf 2017:

Der Deutsche Holzwirtschaftsrat hat am 31. Januar 2017 einen 9 Seiten lange Stellungnahme zum Entwurf des GEG 2017 verfasst mit folgenden Kernaussagen:

- Kritik, dass nicht der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes betrachtet wird, sondern nur die Energieeffizienz und das Klimaschutzverhalten in der Nutzungsphase.
- Kritik, dass die Chance vertan wird, einen maßgeblichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu leisten, denn das größte Einsparpotenzial liegt in der Herstellung und im Recycling von Baustoffen.
- Hinweis, dass der Holzbau auch bei einer Verschärfung des gegenwärtigen Standards ohne weiteres in der Lage wäre deutlich strengere energetische Vorgaben zu erreichen.

→ Internet: www.enev-online.eu

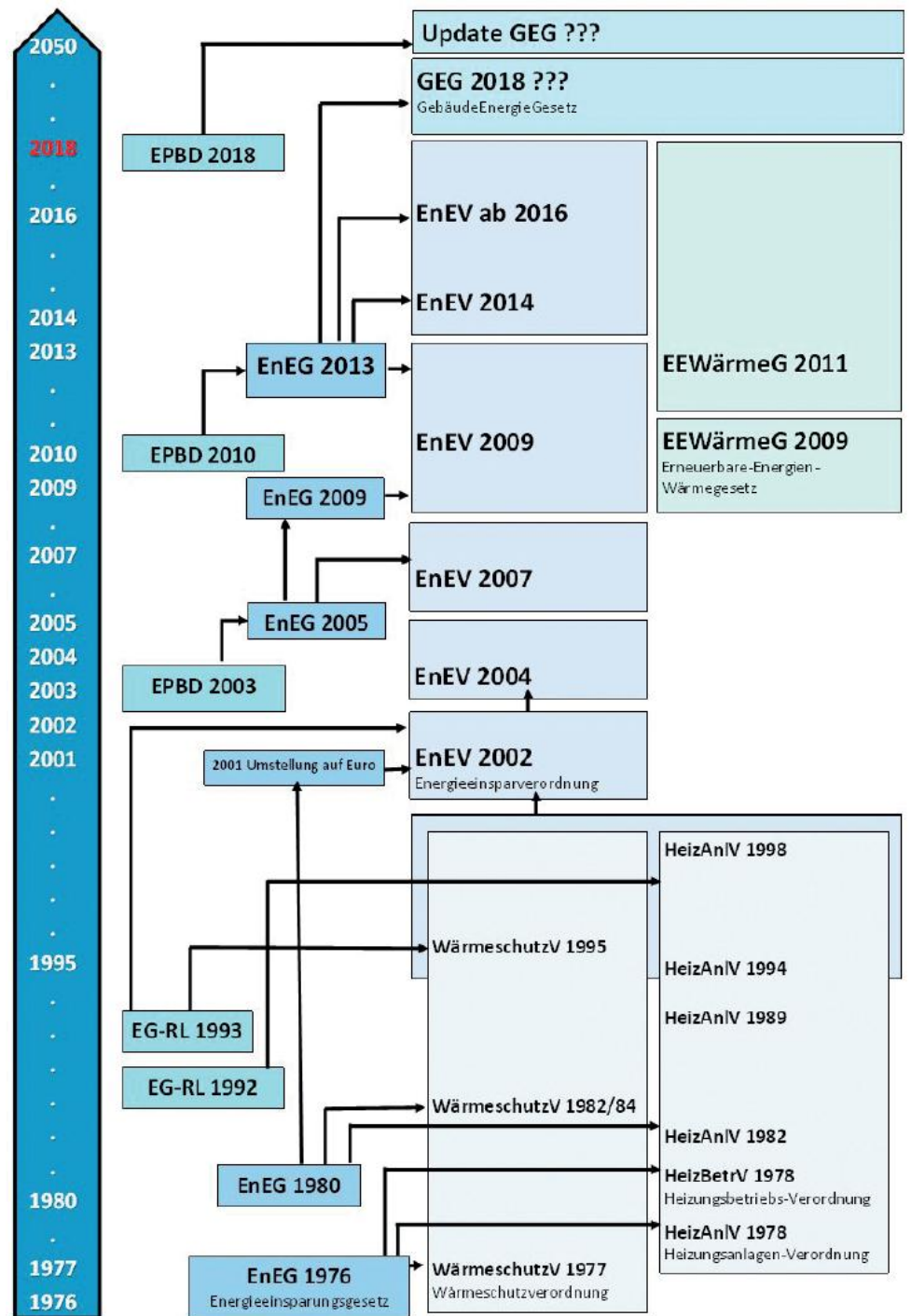


Abbildung 1: Überblick der Geschichte der Energiesparregeln für Gebäude.
 © Grafik: Melita Tuschinski

EU-Gebäuderichtlinie
 EPBD 2010

EU-Vorgaben

Die EU-Gebäuderichtlinie mit dem Fokus auf die Gesamtenergieeffizienz in Bauten ist in der Fachwelt unter ihrem englischen Kürzel EPBD (Energy Performance of Buildings Directive) bekannt. Die erste Fassung erschien 2003 und ihre Novelle 2010. Die offizielle, deutsche Bezeichnung dieser Richtlinie lautet: „Richtlinie 2010 / 31 / EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010

über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“. Sie bietet auch einen allgemeiner Rahmen zur Berechnung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und stellt Anforderungen zur Anwendung von entsprechenden Mindestanforderungen. Die Mitgliedsstaaten können auch strengere Maßnahmen ergreifen für:

- Neubauten und Bauteile,
- bestehende Gebäude und Gebäudeteile
- Gebäudekomponenten der Gebäudehülle
- gebäudetechnische Systeme
- nationale Pläne zur Erhöhung der Zahl der Niedrigstenergiegebäude,
- Erstellung von Energieausweisen für Gebäude,
- Inspektion von Heizungs- und Klimaanlage in Gebäuden,
- unabhängige Kontrollsysteme für Energieausweise,
- unabhängige Kontrollsysteme für Inspektionsberichte von Klimaanlage.

Niedrigstenergie-Gebäudestandard:

Die Definition laut EU-Richtlinie Artikel 2 (Begriffsbestimmungen) lautet: „ein Niedrigstenergiegebäude ist ein Gebäude, das eine sehr hohe nach Anhang 1 (EU-Rechenmethode) Gesamtenergieeffizienz aufweist. Der fast bei null liegende oder sehr geringe Energiebedarf sollte zu einem ganz wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbare Quellen - einschließlich ... die am Standort oder in der Nähe erzeugt wird - gedeckt werden.“

Zeitplan:

Im Artikel 9 (Niedrigstenergiegebäude - englisch „Nearly zero-energy building“ regelt die Richtlinie den zeitlichen Rahmen: Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass ab 1. Januar 2019 alle öffentlichen und ab 1. Januar 2021 alle anderen Gebäude (privatwirtschaftlich genutzte) Niedrigstenergiegebäude sind. Auch erstellen die Mitgliedstaaten nationale Pläne zur Erhöhung der Zahl der Niedrigstenergiegebäude. Darin sollten folgende Angaben enthalten sein:

- Definition des Niedrigenergie-Gebäudestandards und den numerischen Indikatoren für den Primärenergieverbrauch,
- Die verwendeten Primärenergiefaktoren auch aufgrund von europäischen Normen.
- Informationen über Strategien und finanzielle Förder-Chancen.

→ Internet: www.enev-online.de/epbd/

EU-Gebäuderichtlinie (EPBD 2018)

Während Deutschland sich noch bemüht die EU-Gebäuderichtlinie 2010 umzusetzen, haben die europäischen Gremien die Richtlinie bereits weiter entwickelt. Die neueste Version ist seit dem Sommer 2018 in Kraft. Die Neuerungen, die mit ihr daher kommen sind im Folgenden ganz kurz vorgestellt:

- **Bestand klimaneutral:** Bis 2050 sollen die Mitgliedsstaaten die Zahl der emissionsarmen und emissionsfreien Gebäude steigern aufgrund ihrer nationalen Fahrpläne. Auch sollen sie dadurch die Energiearmut bekämpfen.
- **Gebäudebetrieb effizient gestalten:** Dieses sollen die Mitgliedsstaaten durch die Nutzung von Informationstechnologien und von „intelligenter“

Technologie fördern - auch durch Systeme zur Automation und Steuerung in Gebäuden.

- **Elektromobilität:** In allen Gebäuden sollen durch die Förderung der Infrastruktur für Elektromobilität diese Technik weiterverbreitet werden. Konkret handelt es sich auch um Ladesäulen für Elektro-Autos, die auf Parkplätzen vorgesehen werden sollen.
- **Intelligenz-Indikatoren:** Die EU-Länder sollen für Gebäude auch Kennzeichen einführen, die angeben, wie fähig diese sind, neue Technologien und elektronische Systeme zu nutzen, die die Bedürfnisse der Nutzer flexibel berücksichtigen sowie den Betrieb verbessern.
- **Investitionen:** Die EU-Gremien verpflichten die Mitgliedsstaaten durch die EPBD 2018 auch die öffentlichen und privaten Investitionen in ihren Ländern zu mobilisieren.

→ Internet: www.enev-online.de/epbd/2018/

GEG-Entwurf 2017

Der erste GEG-Entwurf aus dem Jahr 2017

Einen guten Überblick erhalten Interessierte anhand der „Antworten auf die fünf häufigsten Fragen zum GebäudeEnergieGesetz (GEG)“ vom 10. März 2017 in EnEV-online.eu veröffentlicht. Wir bringen hier einen ganz kurzen Überblick zu den wichtigsten Aspekten:

- **Warum änderte sich die EnEV schon wieder?**
Mit der im März 2017 aktuell geltenden EnergieEinsparVerordnung für Gebäude (EnEV 2014 / EnEV ab 2016) hatte der Bund seine Pflichten nach dem EnergieEinsparungsGesetz (EnEG 2013) nur teilweise erfüllt. Dieses Gesetz schlug die Brücke von den Vorgaben der Europäischen Gebäuderichtlinie von 2010 zu den deutschen Regelwerken für Gebäude. Wie auch die anderen EU-Mitgliedsstaaten musste Deutschland laut EU-Vorgaben den Niedrigstenergie-Gebäudestandard für Neubauten einführen und zwar nach folgendem Zeitplan: ab 2019 für öffentliche, neu errichtete Gebäude und ab 2021 für private Neubauten. Dieses wären - laut EU-Vorgaben - Gebäude mit einem sehr geringen - annähernd null - Energiebedarf, der überwiegend aus erneuerbaren Quellen gedeckt würde. Deshalb fordert das EnEG 2013, dass die Bundesregierung die entsprechenden Regelungen rechtzeitig erlasse: zunächst für öffentliche Neubauten und danach auch für private neue Gebäude.
- **Wie sollte der Niedrigstenergie-Baustandard eingeführt werden?**
Wer in Deutschland ein neues Haus oder sonstiges Gebäude errichtet, muss seit dem Jahr 2009 parallel zur geltenden EnEV auch die Vorgaben des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) erfüllen. Die EnEV fordert energieeffiziente Gebäude und begrenzt den Primärenergiebedarf des Gebäudes und den Wärmeverlust durch seine Hülle. Das EEWärmeG verlangt zusätzlich, dass der Wärme- und Kältebedarf im Gebäude zu einem gewissen

Teil durch erneuerbare Energiequellen abgedeckt wird, oder alternativ anerkannte Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden. Diese beiden Regelwerke waren leider nie vollständig aufeinander abgestimmt, was in der Praxis zu vielfältigen Problemen führte. Dies bemängelten nicht nur Bauherren und Planer, sondern auch die zuständigen Baubehörden in den Bundesländern.

Die im Jahr 2017 und auch heute noch geltende EnEV 2014 / EnEV ab 2016 umfasst in § 1 (Zweck und Anwendungsbereich) einen neuen Absatz, in dem sich die Bundesregierung verpflichtet, im Rahmen der anstehenden Definition der Gesamtenergieeffizienz von Niedrigstenergiegebäuden das Energieeinsparrecht zu vereinfachen und die parallelen Regelungen zusammenzuführen. Ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) aus dem Jahr 2015 zum Abgleich der EnEV/EnEG mit dem EEWärmeG ergab jedoch, dass es vorteilhafter wäre, die Regelungen unter einem neuen, gemeinsamen Gesetzesdach zusammenzuführen. In diesem Sinne hatten die Fachreferate der zuständigen Bundesministerien für Wirtschaft (BMWi) und Bauen (BMUB) den Entwurf für ein neues "Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden - GebäudeEnergieGesetz (GEG)" entwickelt. Dieses sollte zunächst NUR für bestimmte, öffentliche Neubauten den Niedrigstenergie-Gebäudestandard vorschreiben. Für die privaten Neubauten würde eine spätere Novelle des Gesetzes die Regelungen einführen.

- **Wie war das GebäudeEnergieGesetz gemäß dem Entwurf 2017 aufgebaut?**
Im März 2017 lag nur der Referenten-Entwurf für das GEG mit Stand vom 23. Januar 2017 vor. Wie der Referentenentwurf für das GEG aufgebaut war, konnte und kann man in der HTML-Version auf EnEV-online.eu leicht erkennen (siehe Link am Ende dieses Absatzes): Die Abschnitte und dazugehörigen Anlagen befassten sich mit einem allgemeinen Teil, den Anforderungen an Neubauten und an Bestandsgebäuden, den Regelungen für die Anlagentechnik zum Heizen, Kühlen, Raumlufttechnik und für die Warmwasserversorgung, den Energieausweisen, sowie der finanziellen Förderung zur Nutzung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienzmaßnahmen. Hinzu kamen die Regelungen für den Vollzug und die Anforderungen an besondere Gebäude, Ordnungswidrigkeiten, Anschluss- und Benutzungszwang gebündelt sowie die Übergangsvorschriften, die bei Inkrafttreten gelten sollten.
→ Referentenentwurf für das GebäudeEnergieGesetz (GEG)
- **Für welche Bauvorhaben sollte das GEG gelten?**
Ausschlaggebend wäre gewesen - wie vom Prinzip der EnEV her bekannt - das Datum der Einreichung des Bauantrags oder der Bauanzeige bei der Behörde. So hätten es Bauherren in der Hand welche Version einer Regelung für ihre Bauvorhaben gelten würde. Bei Vorhaben, die weder eine Genehmigung noch eine Anzeige erfordern, würde das Datum ab wann der Bauherr mit den entsprechenden Maßnahmen tatsächlich beginnt, maßgeblich sein. Die energiesparrechtlichen Regelungen, die an diesem Tag in Kraft wären, gälten für das gesamte Bauvorhaben, auch wenn es erst später fertiggestellt

würde. Vorsicht wäre jedoch bei Bauträgerprojekten geboten: Wenn zwischen dem Bauantrag und dem tatsächlichen Fertigstellen des Gebäudes eine „verdächtig“ lange Zeitspanne liegt, könnte es Probleme geben.

- **Wie war aktuelle Stand und wie sollte es weitergehen im März 2017?**
Anfang März 2017 bereiteten die zuständigen Referate im Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) und Bauen (BMUB) den Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz für den nächstfolgenden Parlamentarischen Schritt vor: Im Kabinett der Bundesregierung hätte darüber entschieden werden müssen. Danach würden Lesungen im Bundestag und Bundesrat stattfinden. Nachdem das Gesetz diese parlamentarischen Hürden genommen hätte, würde es von den zuständigen Bundesministerien fertiggestellt, von der Bundeskanzlerin und dem Bundespräsidenten unterschrieben und danach im Bundesgesetzblatt verkündet. Der vorliegende Entwurf sah vor, dass das GEG ab dem 1. Januar 2018 in Kraft treten würde. Doch zu all dem kam es leider nicht, denn der GEG-Entwurf schaffte es nicht ins Bundeskabinett von Angela Merkel. Auslöser dieser Hürde war vermutlich ein Brief von etlichen CDU-Politikern, die ihre Bedenken darüber äußerten, dass eine Verschärfung des Energiestandards für Gebäude - wie vom GEG-Entwurf 2017 vorgesehen war - nicht wirtschaftlich sei. Somit wurde der Gesetzentwurf „eingefroren“. Nach der Bundestagswahl machten Vermutungen die Runde, wonach der GEG-Entwurf von Grund auf komplett überarbeitet würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Es gab nur einige wesentliche Änderungen, die im Folgenden beschrieben sind.
→ www.enev-online.eu/geg_basis/170310_faq_geg_antworten_auf_5_fragen.htm

GEG-Entwurf 2018 wichtige Aspekte

Aktueller Stand: Mit Stand vom 1. November 2018 wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der allerdings noch einige Schritte weit gehen muss, bis man von einem „Entwurf“ sprechen kann.

Diesmal handelt es sich um ein Gesetz, das der Bundestag verabschiedet. Bei der EnEV-Novellierung hatte der Bundesrat - als Vertreter der Landesinteressen - stets laut EnEG das letzte Wort geführt. Der Bundesrat wird auch bei der kommenden Fortschreibung des GEG nach seiner Meinung gefragt. Zur Zeit des Vortrags der Autorin in Berlin sollte der Entwurf noch zwischen dem Bundesbau- und Bundeswirtschaftsministerium abgestimmt werden. Innerhalb der Bundesregierung sollte danach erst die Ressortabstimmung stattfinden.

In Erinnerung rufen müssen wir uns in diesem Zusammenhang, dass die Bauministerkonferenz der Bundesländer heftige Kritik am ersten GEG-Entwurf geübt hatte. Im Februar 2019 soll nun voraussichtlich eine Sonder-Bauministerkonferenz stattfinden. Dabei sollen die Themen des Wohngipfels der Bundesregierung diskutiert werden. Vermutlich werden die Landesvertreter auch über den GEG-Entwurf sprechen, denn die Bundesländer werden auch für die Umsetzung des neuen Gesetzes zuständig sein. Im Koalitionsvertrag hatten sich die Parteien im Vorfeld geeinigt, dass es KEINE Verschärfung des energetischen Neubau-Standards geben wird. Anfang nächsten Jahres - also 2019 - wird die Bundesregierung der EU-Kommission den deutschen Niedrigstenergie-Gebäudestandard

melden. Dieser muss sowohl den Klimaschutz und als auch die Wirtschaftlichkeit vereinen.

GEG-Entwurf 2018 inhaltliche Aspekte

Konzept:

Das Konzept ist wie beim ersten GEG-Entwurf von 2017 geblieben, nur die Paragraphen-Reihenfolge hat sich etwas geändert. Waren es beim ersten Entwurf für das GEG im Jahr 2017 noch 114 Paragraphen gewesen, so sind es jetzt 113 an der Zahl - also keine große Änderung. Allgemein entsteht auf den ersten Blick der Eindruck, dass sich nicht viel geändert hat im Vergleich zu dem ersten GEG-Entwurf im Jahr 2017. Das neue Gesetz bringt also auch die bisher parallel laufenden Regelungen des EnEG, der EnEV und des EEWärmeG in einem gemeinsamen, gesetzlichen Rahmen zusammen.

Niedrigstenergie-Gebäudestandard:

Im neuen § 10 (Grundsatz und Niedrigstenergiegebäude) regelt der neue Entwurf welche Anforderungen dieser künftige Standard zu erfüllen hat. Diese größte Neuerung ist wohl auch keine Überraschung - dass der aktuelle, seit 2016 verschärfte Neubau-Standard der EnEV als „Niedrigstenergiehaus“ an die EU gemeldet werden soll. Dies ist insofern keine Überraschung, weil die regierenden Parteien CDU und SPD im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, dass es keine Verschärfung der energetischen Anforderungen im Neubau und Bestand geben wird. Dies ist aus Sicht der Autorin ein Wahlgeschenk, das die Bundesregierung jetzt einlösen will. Wie es dazu kommen konnte erklärte Prof. Bert Oschatz am 27. November 2018 in Baden-Baden auf dem CEGA-Kongress für Experten der Technischen Gebäude-Ausrüstung TGA. Ein neues wirtschaftliches Gutachten, welches das BMWi in Auftrag gegeben hatte, hat rechnerisch nachgewiesen, dass der aktuell geltende Neubau-Standard das Kostenoptimum darstellt zwischen den Investitionen zur Energieeinsparung in Gebäuden und den Kosteneinsparungen durch einen verringerten Energieverbrauch im Laufe ihrer Lebensdauer. Die EU fordert von ihren Mitgliedsstaaten in der Gebäude-Richtlinie, dass sie das Kostenoptimum auch berücksichtigen. Diese ist auch im EnEG 2013 festgeschrieben. Die energetischen Anforderungen für Gebäude müssen vom Gesetzgeber demnach dermaßen gestaltet werden, dass sie wirtschaftlich realisierbar sind. Leider wurde die besagte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Vorbereitung des neuen GEG-Entwurfes der Öffentlichkeit soweit vorenthalten. So ist noch nicht genau bekannt mit welchen Größenordnungen für die künftigen Energiepreise gerechnet wurde.

Die zuständigen Bundesministerien begründen die „gemilderten“ Anforderungen im Vergleich zum ersten GEG-Entwurf von 2017 folgendermaßen:

„Die mit dem Gebäudeenergiegesetz unverändert fortgeführten energetischen Anforderungen an neue Gebäude erfüllen die Kriterien der EU-Gebäuderichtlinie für das Niedrigstenergiegebäude. Die Integration von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in einem einheitlichen Anforderungssystem deckt sich mit dem Ansatz der EU-Gebäuderichtlinie. Gutachterliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bestätigen, dass das gültige wirtschaftliche Anforderungsniveau nach

wie vor das in der EU-Gebäuderichtlinie verankerte Kriterium der Kostenoptimalität erfüllt.“

Neuerungen:

- **Referenzgebäude:** Für Wohngebäuden und Zonen von Nichtwohngebäuden mit Raumhöhen bis 4 Meter (m) wird die Heizung von einem Öl-Brennwertkessel auf einen Erdgas-Brennwertkessel umgestellt. Auch umfasst die Ausführung für Wohngebäude auch Systeme für die Gebäudeautomation. Die energetische Verschärfung der primärenergetischen Neubauanforderungen um 25 Prozent - die seit Anfang des Jahres 2016 besteht - gilt weiterhin.
- **Wärmeschutz der Gebäudehülle:** Auch die seit 2016 geltenden verschärften Anforderungen an den Wärmeschutz der Bauhülle sollen weiterhin gelten. Neue Wohngebäude dürfen den spezifischen Transmissionswärmeverlust des Referenzgebäudes nicht überschreiten. Allerdings entfällt die Anforderung an den Wärmeschutz nach Gebäudetyp (freistehend, einseitig angebaut, usw.) gemäß EnEV 2014 Anlage 1, Tabelle 2. Diese Werte sollen nur noch bei Änderungen im Bestand eine Rolle spielen, wenn der EnEV-Nachweis über das gesamten sanierte Gebäudes geführt wird. Bei Nichtwohngebäuden sollen die mittleren Wärmedurchgangskoeffizienten (gemäß Anlage 2, Tabelle 2) weiterhin als maximale Höchstgrenzen gelten.
- **Hallenbauten:** Bisher galten Hallenbauten, d.h. im Sinne der EnEV allgemein - Gebäudezonen mit über 4 Meter (m) Raumhöhe - die mit dezentralen Gebläse- oder Strahlungsheizungen beheizt werden, als Ausnahmen und mussten seit dem 1. Januar 2016 nicht mehr gedämmt werden als von der EnEV 2014 gefordert. Diese Ausnahme entfällt. Nun sind jedoch von der Pflicht zur anteiligen Nutzung von Erneuerbarer Energie befreit.
- **Primärenergiefaktoren:** Diese bleiben nach wie vor die wichtigste Stell- schraube bei der Bemessung der Höchstgrenze des Jahres- Primärenergiebedarfs von Gebäuden. Nachweisführende Planer müssen diese jedoch nicht mehr der DIN V 18599 (Energetische Bewertung von Gebäuden) entnehmen, denn der Gesetzesentwurf umfasst nun auch die Tabelle mit diesen Werten. Neu ist dabei, dass für die aus dem Netz bezogene gasförmige Biomasse (Biogas) mit dem Primärenergiefaktor von 0,6 gerechnet werden darf, wenn sie in einer KWK-Anlage genutzt wird und der Lieferant sie über ein Massebilanzsystem nachweist. Auch Neubauten, die Erdgas aus einer KWK-Anlage nutzen können vom Primärenergiefaktor 0,6 profitieren, wenn dabei mehrere - nicht energieeffiziente - Bestandsgebäude in der Nachbarschaft mitversorgt werden.
- Bei Fernwärmenetzen kann der Nachweis nur noch mit individuell ermittelten Primärenergiefaktoren geführt werden, wenn diese nach einer bestimmten Methode ermittelt werden und der Fernwärmelieferant sie veröffentlicht. Wenn Fernwärmenetze KWK nutzen, wird ab dem Jahr 2021 der Primärenergiefaktor nach einer neuen - der Carnot-Methode - berechnet. Bis 2024 sollen allerdings - unter bestimmten Bedingungen - noch zuvor berechnete Pri-

märenergiefaktoren gelten, mit gewissen Einschränkungen.

- **Erneuerbare Energien:** Der neue GEG-Entwurf führt die Anforderungen des EEWärmeG 2011 weiter und fordert nach wie vor, dass Neubauten und öffentliche Gebäude bei grundlegender Renovierung einen Teil des benötigten Wärme- und Kältebedarfs über anerkannte erneuerbare Energien oder Ersatzmaßnahmen decken. Allerdings zählt nun auch gebäudenah erzeugter elektrischer Strom - beispielsweise über Photovoltaik-Anlagen - zu den Optionen zur Erfüllung der Anforderungen. Der pflichtmäßige Deckungsanteil beträgt 15 Prozent (%). Den Nachweis für Wohngebäude können Bauherren auch über die Anlagengröße der Photovoltaik - wie bei Solaranlagen - erbringen. Dies gilt jedoch nur für die Fälle, wenn je Quadratmeter (m^2) Nutzfläche mindestens eine Nennleistung von 0,02 Kilowatt (kW) installiert ist.
- **Vereinfachter Nachweis:** Der GEG-Entwurf hat das bisherige als „EnEV-easy“ bekannt Modellverfahren übernommen und weiterentwickelt. Damit kann man nun auch die Nutzung von erneuerbaren Energien nachweisen. Als Grundlage dient die neue Ausgabe vom September 2018 der Normenreihe DIN V 18599 (Energetische Bewertung von Gebäuden), auf das der GEG-Entwurf allgemein verweist. Allerdings soll es für Wohngebäude auch weiterhin möglich sein, nach DIN 4108-6 (Wärmeschutz und Energie-Einsparung in Gebäuden - Teil 6: Berechnung des Jahresheizwärme- und des Jahresheizenergiebedarfs) und DIN 4701-10 (Energetische Bewertung heiz- und raumlufttechnischer Anlagen - Teil 10: Heizung, Trinkwassererwärmung, Lüftung) zu rechnen. Wie die Ergebnisse des einfachen Nachweises im Energieausweis ausgewiesen werden sollen wird eine externe Bekanntmachung festlegen. Das vereinfachte Einzonen-Modell für Nichtwohngebäude soll auch weiterhin gelten.
- **Energieausweis:** Laut neuem GEG-Entwurf müssen Aussteller von Energieausweisen nun noch sorgfältigen mit den Eingabe-Daten umgehen. Sie müssen gegebenenfalls Berechnungen, die sie nicht selbst erstellt haben, einsehen bevor sie darauf aufbauend einen Energieausweis ausstellen. Wenn sie die von Eigentümern bereitgestellten Daten nicht sorgfältig prüfen droht ihnen nun auch Bußgeld. Für die Modernisierungsempfehlungen im Energieausweis müssen sie sich das Gebäude selbst ansehen oder sich relevante Fotos zusenden lassen. Die Muster für Energieausweis-Formulare sind nun nicht mehr im GEG-Entwurf integriert, sondern nur sehr genaue Angaben zu den abzubildenden Energiekennwerten. Eine künftige Bekanntmachung der zuständigen Bundesministerien soll die Energieausweis-Muster umfassen. Dabei sollen auch Angaben von CO₂-Emissionen, zu inspektionspflichtigen Klimaanlagen sowie zur nächsten Inspektion im Energieausweis erscheinen. Die Effizienzklassen für Wohngebäude orientieren sich nicht mehr an der Endenergie, sondern an dem Primärenergiebedarf bzw. dem Primärenergieverbrauch und die Grenzwerte steigen jeweils um 5 bzw. 10 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr ($kWh/(m^2a)$). Die Berechtigung zur Ausstellung von Energieausweisen soll nicht mehr zwischen Wohn- und Nichtwohnbau unterscheiden. Das würde bedeutet, dass auch qualifizierte Handwerker und staatlich anerkannte Techniker für alle Gebäude Energieausweis erstellen könnten.

- **Vollzug und Kontrolle:** Wie zu erwarten, ist die von den Ländern vielfach kritisierte Regelung, die noch im GEG-Entwurf von 2017 vorsah, jeweils einen Energieausweis ausstellen zu lassen aufgrund der geplanten Eigenschaften des Gebäudes, entfallen. Dies sollte für jene Fälle gelten, wenn ein Gebäude teilweise oder ganz zum Verkauf oder Vermietung angeboten würde noch vor der Fertigstellung. Makler werden im neuen GEG-Entwurf nun allerdings auch direkt angesprochen bezüglich der Pflicht zur Vorlage eines Energieausweises bei Verkauf oder Vermietung sowie zu den vorgegebenen Energieangaben in kommerziellen Immobilienanzeigen.
- **Quartiersansatz:** Eines der Ziele des neuen GEG-Entwurfes ist es Konzepte für die gemeinsame Wärmeversorgung in Quartieren zu stärken. Die folgende Regel soll zunächst nur bis Ende des Jahres 2023 gelten: Wenn bestehende Gebäude geändert werden, soll es möglich sein, die GEG-Anforderungen über gemeinsame Quartierslösungen zu erfüllen.
- **Innovationsklausel:** Dieser neuen Anforderung widmet der GEG-Entwurf den § 102 (Innovationsklausel). Diese soll jedoch nur bis 2023 gelten. Auf Antrag soll es möglich sein, dass Bauherren den zuständigen Behörden nicht mehr nachweisen müssen, dass ihre Gebäude die Anforderungen des GEG über den Primärenergiebedarf erfüllen, sondern dass sie die Treibhausgasemissionen begrenzen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass das angewandte System gleichwertig wäre. Der Endenergiebedarf des Gebäudes dürfte dabei bei Neubauten den 0,75fachen und bei Sanierungen im Bestand den 1,4fachen Wert des Endenergiebedarfs des Referenzgebäudes nicht überschreiten.
- **Zeitplan:** Wenn alles nach Plan läuft, sollte das neue GebäudeEnergieGesetz (GEG 2019) im Sommer nächsten Jahres in Kraft treten. Angesichts der langjährigen Erfahrung der Autorin mit der Novellierung von EnEV- und EEWärmeG-Fassungen könnte es gut möglich sein, dass dieser Zeitrahmen sich als zu optimistisch erweist.

Positionen der Parteien
im Bundestag

Im Folgenden sind die Antworten der Parteien im Bundestag auf die folgende Frage der Autorin wiedergegeben. Es haben nicht alle Parteien geantwortet.

Die zuständigen Bundesministerien bereiten einen neuen Entwurf für das GebäudeEnergieGesetz vor. Was und wie und für welchen Zeitrahmen sollte dieses Gesetz Ihrer Meinung nach insbesondere regeln?

CSU-Landesleitung der Christlich-Sozialen Union - Antwort vom 23.11.2018

"Unser Ziel ist ein „nahezu klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050“. Ohne den können die Klimaziele nicht erreicht werden. Um die Ziele zu erreichen, bedarf es eines technologieoffenen Zusammenspiels der verschiedenen Effizienzoptionen. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im Koalitionsvertrag hat man sich darauf geeinigt, die energetischen Anforderungen an Gebäude von der Energieeinsparverordnung (EnEV), dem Energieeinsparungsgesetz (EnEG) und dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem einheitli-

chen Anforderungssystem für Neubauten zusammenzufassen und zu vereinfachen. Das bestehende Anforderungssystem (Begrenzung des Primärenergiebedarfs, Sicherstellung eines hochwertigen baulichen Wärmeschutzes, Nutzung erneuerbarer Energien) wird fortgeführt. Die aktuellen energetischen Anforderungen für Bestand und Neubau sollen weiterhin gelten. Damit werden die Anforderungen des EU-Rechts zum 1. Januar 2019 für neue öffentliche Nichtwohngebäude und zum 1. Januar 2021 für alle neuen Gebäude umgesetzt. Es soll der Quartiersansatz eingefügt werden, um Neu- und Bestandsgebäude bei der Wärmeversorgung zu koppeln. Des Weiteren soll eine CO₂-Angabe im Energieausweis kommen."

SPD-Bundestagsfraktion der Sozialdemokratische Partei Deutschlands Antwort vom 26.11.2018

„Für die energetischen Anforderungen an Gebäude gelten derzeit zwei Regelwerke. Das Energieeinsparungsgesetz (EnEG) mit der Energieeinsparverordnung (EnEV) enthält bau- und anlagentechnische Anforderungen an Gebäude. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) bestimmt, dass bei neuen Gebäuden sowie bei Bestandsgebäuden der öffentlichen Hand erneuerbare Energien zu Wärme-zwecken in einem festgelegten Umfang zu nutzen sind. Das Nebeneinander dieser Regelwerke hat zu Schwierigkeiten bei Anwendung und Vollzug geführt, zumal die beiden Regelwerke nicht vollständig aufeinander abgestimmt waren.

Artikel 9 der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13, ABl. L 155 vom 22.6.2010, S. 61 - EU-Gebäuderichtlinie) verpflichtet die Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass ab 2021 alle neuen Gebäude als Niedrigstenergiegebäude aus-geführt werden. Für Nichtwohngebäude der öffentlichen Hand gilt diese Pflicht schon ab 2019.

Mit diesem Gesetz wird das Energieeinsparrecht für Gebäude entbürokratisiert und vereinfacht. Es führt das Energieeinsparungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in einem neuen Gesetz, dem Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz - GEG) zusammen.

FDP Freie Demokratische Partei - Antwort vom 27.11.2018

"Wir Freien Demokraten verstehen den Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind alle Sektoren gefordert einen Beitrag zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele zu leisten. Bisher wird der Beitrag der einzelnen Sektoren jedoch nur ungenügend aus dem Blickwinkel der Kosteneffizienz betrachtet. Dadurch besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Maßnahmen zu überhöhten Kosten pro vermiedener Tonne Kohlendioxid führen. Das führt zu unangemessen hohen Kosten im Gebäudesektor und damit zu steigenden Mieten und Wohnkosten. Zudem gibt es praktisch keine Kontrolle, ob die Klimaschutz-

ziele durch die Maßnahmen überhaupt zielgenau erreicht werden. So werden teuer erkaufte Energieeinsparungen teilweise durch Mehrverbräuche wieder kompensiert (Rebound Effekt).

Durch die Ausweitung des CO₂-Zertifikatehandel auf weitere Sektoren (bspw. Verkehrs- und Gebäudesektor) wollen wir Anreize setzen, in allen Sektoren die volkswirtschaftlich günstigsten Maßnahmen zur Einsparung von CO₂ zu ergreifen. Damit hätten wir auch ein zentrales Steuerungsinstrument für den Klimaschutz. Die bisherigen Sektorziele sind hingegen wenig geeignet, die für eine Gesellschaft klima-, sozial und wirtschaftspolitisch günstigste Lösung zu finden. Dieser Mangel an der bisherigen Systematik zeigt sich auch im Gebäudebereich, wo zwar die Dämmung einer Immobilie den Primärenergiebedarf des Gebäudes senkt, aber die durch die Herstellung der Dämmstoffe erzeugten Emissionen dem Industriesektor angerechnet werden. Eine ganzheitliche Betrachtung ist so nicht möglich."

Positionen der Verbände

Im Folgenden sind die Antworten der bundesweit agierenden Wirtschaftsverbände auf die folgende Frage der Autorin wiedergegeben. Es haben allerdings nicht alle angefragten Bundesverbände geantwortet.

FRAGE: Die zuständigen Bundesministerien bereiten einen neuen Entwurf für das GebäudeEnergieGesetz vor. Was und wie und für welchen Zeitrahmen sollte dieses Gesetz Ihrer Meinung nach insbesondere regeln?

BFW

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

"23.11.2018 - Wir hätten uns neue Regelgrößen gewünscht, da wir Primärenergie für den falschen Ansatz halten. Allerdings haben wir Verständnis dafür, dass man jetzt erstmal den Niedrigstenergiestandard definiert und dabei das derzeitige Niveau halten will. Dies ist angesichts der Zusammenlegung von EnEV und EE-WärmeG schon eine schwierige Aufgabe. Der Zeitrahmen ist durch die EU-Gebäuderichtlinie vorgegeben. Nach Verabschiedung des GebäudeEnergieGesetzes wünschen wir uns eine längere Phase ohne Veränderungen im Ordnungsrecht. Stattdessen sollte sich die Suche nach neuen Ansätzen zunächst im Förderrecht abspielen. Eine weitere Verschärfung im Neubau ist angesichts des Bedarfes an bezahlbarem Wohnraum und der geringen Effekte im CO₂ Ausstoß nicht vermittelbar."

DDIV

DDIV Dachverband Deutscher Immobilienverwalter e.V.

"26.11.2018 - Wichtig ist, dass es - wie im aktuellen Entwurf zum Gebäudeenergiegesetz vorgesehen - keine weiteren Verschärfungen bei energetischen Anforderungen im Bestand und Neubau gibt. Da drei Gesetze zusammengeführt werden, ist Komplexitätsreduktion ein ganz entscheidender Aspekt, zudem müssen Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Freiwilligkeit gewahrt sein, damit

tatsächlich CO₂-Einsparungen erreicht werden. Zwingend vorgeschrieben werden sollte ein regelmäßiger Prüfauftrag, damit sinnvolle technische Weiterentwicklungen und Neuentwicklungen zeitnah in das Gesetz aufgenommen werden können.

Der aktuelle Entwurf des GEG würdigt die Bedeutung von vor Ort erzeugtem Solarstrom, um Bauherren und Eigentümern eine zusätzliche, "wirtschaftlich attraktive Möglichkeit" für die energetische Optimierung zu geben. Doch das kommende Energiesammelgesetz wiederum sieht eine deutliche Absenkung der Einspeisevergütung für Solaranlagen mit einer installierten Leistung ab 40 Kilowatt vor. Die im EEG geregelten Mieterstrommodelle, mit denen beispielsweise der Energiebedarf von Miethäusern und Wohnungseigentümergeinschaften gedeckt werden könnte, stehen hierdurch vor dem Aus. Bessert der Gesetzgeber an dieser Stelle nicht nach, verschenkt er an dieser Stelle wertvolles Potenzial für die Energiewende."

DEPV

DEPV Deutscher Energieholz- und Pellet-Verband e.V.

"21.11.2018 - Das Gesetz soll die EnEV und das EEWärmeG zusammenführen. Das ist sinnvoll, und hätte schon vor zwei Jahren problemlos geregelt werden können, da die beiden Regelungen keine nennenswerten Widersprüche aufweisen. Wenn das GEG nun bald kommt, wird der EnEV-Teil darin hoffentlich wieder konsequent auf den primärenergetischen Ansatz umgestellt - also auch bei den Energieeffizienzklassen für Wohngebäude. Die Primärenergiefaktoren für die Energieträger sollten sich idealerweise an der CO₂-Bilanz orientieren. Außerdem ist es sehr wichtig, dass das Rechenverfahren vereinheitlicht wird und die veraltete DIN V 4701-10 nach einer Übergangsfrist nicht mehr angewendet werden darf."

DUH

DUH Deutsche Umwelthilfe e.V.

"26.11.2018 - Aus unserer Sicht wäre es wichtig gewesen, die Definition der Effizienzstandards für öffentliche und private Neubauten an den Erfordernissen des Klimaschutzes zu orientieren. Leider sieht der Entwurf wie im Koalitionsvertrag vereinbart, lediglich ein Fortschreiben der bestehenden Standards nach EnEV 2016 vor. Gleichwohl wäre es vor dem Hintergrund der energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung und der europäischen wie internationalen Verpflichtungen Deutschlands notwendig, den Neubaustandard kurzfristig auf mindestens KfW-Effizienzhaus-40-Standard anzuheben. Denn heutige Neubauten werden bis zum Jahr 2050 keine wesentliche, wirtschaftlich vertretbare energetische Modernisierung mehr erfahren. Aus diesem Grund darf bei der Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Neubaumaßnahmen nicht nur die anfängliche Investition berücksichtigt werden, sondern auch die Höhe zukünftiger Investitionen in die energetische Qualität der Gebäude, die zu erwarten sind, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Fraglich ist zudem, ob die geltenden energetischen Anforderungen bereits den Vorgaben eines Niedrigstenergiestandards aus der

neuen EU-Gebäuderichtlinie entsprechen.

Damit gesetzliche Standards überhaupt wirkungsvoll sein können, muss zwingend der Vollzug zur Einhaltung gestärkt werden. Dazu müssen die Zuständigkeiten klar definiert und die für den Vollzug notwendigen Strukturen und Ressourcen geschaffen werden.

Mittelfristig muss das GEG eine ökologische Betrachtung des gesamten Lebenszyklus vornehmen, derzeit adressiert es lediglich die Nutzungsphase. Die bei der Herstellung von Baumaterialien und Bauteilen verbrauchte Energie, sogenannte „graue Energie“ und deren CO₂-Emissionen müssen für ganzheitlichen und wirksamen Klimaschutz ebenfalls stärker berücksichtigt werden.“

ZIA

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

"29.11.2018 - Antworten des Abteilungsleiters Grundsatzfragen der Immobilienwirtschaft, Thies Grothe: Das GEG sollte zunächst einmal die bestehenden energieeinsparrechtlichen Normen des EnEG, der EnEV und des EEWärmeG in einem Gesetz zusammenführen. Schon dadurch wird der ordnungsrechtliche Rahmen strukturell vereinfacht. Zudem sollten die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit im Gesetz an vorderster Stelle festgeschrieben werden.

Die aktuell gültigen energetischen Anforderungen der EnEV 2016 sollten beibehalten und als nationaler Niedrigstenergiegebäudestandard im Sinne der EU-Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden (EPBD) definiert werden. Erst zu einem späteren Zeitpunkt, nach erfolgtem und relevantem technischen Fortschritt, kann der Niedrigstenergiegebäudestandard sinnvoll weiterentwickelt werden.

Auch müssen die Rahmenbedingungen zur Nutzung aller erneuerbarer Energien im Gebäude verbessert werden. Zudem sollten Quartierslösungen mit einer Regelung zur Wärme-/Kälteversorgung im Quartier gestärkt und angestoßen werden.

Gleichwohl ist zu betonen, dass das nun hoffentlich zeitnah kommende GEG lediglich ein erster Schritt hin zu einer Neukonzeptionierung sowie Auseinandersetzung mit der Passgenauigkeit der energetischen Anforderungen sein kann, immer mit dem Blick auf ein Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele. Eine Weiterentwicklung des Energieeinsparrechts für Gebäude sollte insbesondere folgende Punkte umfassen: Anrechnung von nicht am Gebäude erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien, Direktvermarktung von EE-Strom, der über Vermarktungsplattformen in Echtzeit bilanziert wird, Power to Gas-Einsatz zentral oder dezentral oder über das Gasnetz bilanziert (letzteres nur als Biometan), dezentrale Power to Heat / to Cool / to Power mit Einsatz aus erneuerbarem Überschussstrom, verstärkte Integration von Quartierslösungen in das Energieeinsparrecht, Berücksichtigung von Effizienzgewinnen bei der Betriebsoptimierung im Gebäudebestand sowie die regelmäßige Anerkennung dynamischer

Rechenverfahren (Simulation) in der Planungsphase."

Ausblick Klimaschutz

Die Autorin fragte beim Bundesumweltministerium zu folgender Frage an:

Was ist auf Europäischer und internationaler Ebene zum Thema Klimaschutz und Treibhausgase zu erwarten?

Am 20.11.2018 antwortete Andreas Kübler, Pressesprecher des Bundesumweltministeriums wie folgt:

Internationale Ebene

„Auf internationaler Ebene wollen wir:

- uns weiterhin für eine Verabschiedung der Umsetzungsregelungen und eine angemessene Verankerung aller drei Langfristziele des Übereinkommens von Paris auf der Klimakonferenz in Kattowitz einsetzen. Die Umsetzungsregelungen müssen alle operativen Aspekte des Übereinkommens von Paris wie Transparenz, Anrechnung, Berichterstattung und Überprüfung berücksichtigen, damit die Daten der einzelnen Staaten untereinander vergleichbar sind und Doppelzählungen von Emissionsminderungen verhindert werden. Auch wenn das Abkommen für alle Staaten gleichermaßen gilt, müssen die unterschiedlichen Fähigkeiten, beispielsweise von am wenigsten entwickelten Staaten, berücksichtigt werden;
- uns dafür einzusetzen, dass die Vertragsstaaten die Verbesserung ihrer Minderungsbeiträge (NDCs, nationally determined contributions) verfolgen und im Rahmen des im Pariser Klimaabkommen festgelegten fünfjährigen Zyklus immer ambitioniertere Klimaschutzbeiträge vorlegen, um die Obergrenze von 1,5 Grad bzw. 2 Grad zu erreichen. Hierfür soll auch die von Deutschland und Marokko ins Leben gerufene NDC-Partnerschaft, die Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele unterstützt, fortgeführt werden;
- in Entwicklungs- und Schwellenländern intensiv für die Attraktivität von erneuerbaren Energien gegenüber vermeintlich billigen fossilen Lösungen zu werben und zu beraten;
- die Wirksamkeit und den Umfang der Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel zu überprüfen und die Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft bei Anpassungsbemühungen auszubauen;
- weiterhin an der Erreichung der von den Industrieländern 2009 in Kopenhagen gemachten Zusage zu arbeiten, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für die Klimafinanzierung in Entwicklungsländern zu mobilisieren; und diese, wie in Paris 2015 beschlossen, bis 2025 fortzuführen;
- uns dafür einzusetzen, dass die Vertragsstaaten die Ausrichtung der Finanzflüsse in Übereinstimmung bringen mit einer treibhausgasarmen und klimaresilienten Entwicklung und umsetzungsrelevante Strukturen schaffen. Hierbei spielen auch die Aufsichtsbehörden und unabhängigen Zentralbanken bei

der Einbeziehung von Klima- und Transitionsrisiken in die Sicherung der Finanzstabilität und der Widerstandsfähigkeit von Finanzinstituten eine wichtige Rolle;

- für einen weiteren Aufwuchs der internationalen Klimaschutzfinanzierung durch Deutschland im Rahmen der Erhöhung der ODA-Mittel zu sorgen (ODA: Official Development Assistance [beim BMZ]). Diese deutsche Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln soll bis 2020 auf jährlich vier Milliarden Euro anwachsen;
- uns für einen rechtzeitigen und erfolgreichen Wiederauffüllungsprozess des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund- GCF) einzusetzen. Das Signal zu einer substantiellen Auffüllung des GCF soll den Entwicklungsländern das Vertrauen geben, dass sie für weitere Ambitionssteigerungen bei der Umsetzung ihrer NDCs Unterstützung bekommen werden. Durch die voranschreitende Erderwärmung steigen gleichzeitig die Bedarfe für Klimaanpassung, woraus sich enorme Investitionsbedarfe ergeben.
- für nicht-staatliche Aktivitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern zu werben, insbesondere für Aktivitäten des Privatsektors, um gleichzeitig Klimaschutz und Entwicklung zu fördern. Die geplante Allianz für Entwicklung und Klima ist hierfür ein geeigneter Rahmen, um etwa Finanzmittel zu mobilisieren oder die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen für freiwillige Kompensationsaktivitäten zu verbessern;
- „Insu-Resilience“ als globale Partnerschaft für Risikofinanzierungs- und Versicherungslösungen für Klima- und Katastrophenrisiken auszubauen und Lösungen für die aus dem Klimawandel und Naturkatastrophen entstehenden Risiken für die ärmsten und verwundbarsten Länder zu entwickeln. In diesem Rahmen soll die Kooperationen mit der Versicherungswirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren vertieft werden, der Dialog der vulnerabelsten Entwicklungsländer (Vulnerable 20 Group) mit den G20 vorangetrieben werden und sollen weitere Staaten für Umsetzungsbeiträge in der Global Risk Financing Facility gewonnen werden;
- nach der Ankündigung von US-Präsident Trump, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, gemeinsam mit US-Bundesstaaten, Städten und Gemeinden auf eine ambitionierte Klimapolitik der USA hinzuwirken und bereits bestehende Kooperationen verstärken, sowie im Falle möglicher Austrittsbestrebungen anderer Länder im Rahmen ihrer diplomatischen Möglichkeiten den Dialog mit diesen Regierungen in Hinblick auf einen Verbleib im Klimaabkommen zu intensivieren;
- uns für ein nach Möglichkeit global ausgerichtetes, zumindest die G20-Staaten umfassendes, CO₂-Bepreisungssystem oder die Vernetzung bestehender Emissionshandelssysteme einzusetzen;
- uns für die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei Schutz, Wiederaufbau und nachhaltiger Bewirtschaftung der Wälder als zentrales Instrument einzusetzen, um der fortschreitenden globalen Entwaldung entgegen-

zuwirken und die vielfältigen Funktionen der Wälder für Mensch und Natur, z.B. für den Klima- und Artenschutz, und als lebenswichtiger Rohstofflieferant langfristig zu erhalten.“

Europäische Ebene

„Auf europäischer Ebene wollen wir:

- uns dafür einzusetzen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten weiterhin an der Erreichung ihres Klimaziels für 2030 arbeiten, das zugleich der Klimabeitrag der Europäischen Union im Rahmen des Pariser Klimaabkommens ist;
- das europäische Emissionshandelssystem als effektives marktwirtschaftliches Leitinstrument der europäischen Klimapolitik, mit funktionierender Lenkungswirkung durch entsprechende Preissignale, weiter zu stärken. Dabei ist die besondere Situation der energieintensiven und im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen zu berücksichtigen, damit Standortverlagerungen in Drittstaaten verhindert werden (Carbon Leakage).
- uns für ambitionierte, aber realistische Vorgaben für den CO₂-Ausstoß von PKW, leichten Nutzfahrzeugen und schweren Nutzfahrzeugen einzusetzen. Gleichzeitig müssen technologieoffen alternative Antriebsarten und Instrumente, wie z.B. synthetische Kraftstoffe, für die Mobilität der Zukunft - auch im Schiffs- und Flugverkehr - vorangebracht werden.“

Nationale Ebene

„Auf nationaler Ebene wollen wir:

- den Weg der Treibhausgasreduktion konsequent weiterzugehen und darauf hinzuarbeiten, dass Deutschland sein Klimaziel 2020 so schnell wie möglich erreicht. Dazu sind Maßnahmen in allen Sektoren notwendig;
- das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 und den Klimaschutzplan 2050 vollständig umzusetzen. Dabei sind Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit, Kosteneffizienz und Kohärenz mit bestehenden europäischen Regelungen Grundsätze, genauso wie der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der industriellen Wertschöpfungsketten und der Industriearbeitsplätze. Mit jedem eingesetzten Euro ist die größtmögliche Einsparwirkung zu erzielen. Dafür müssen die Maßnahmen einer Folgenabschätzung unterzogen werden;
- alle Sektoren in die Erreichung der Klimaziele einzubeziehen und zügig ambitionierte Maßnahmenpakete vorzulegen, mit denen jeder Sektor seinen angemessenen Beitrag leistet, damit das Klimaschutzziel 2030 realistisch und sozialverträglich erreicht werden kann.
- wie im Klimaschutzplan 2050 beschlossen, ein wissenschaftlichen Begleitprozess zur Überprüfung und Fortschreibung des Klimaschutzplans einzurichten und ein ressortabgestimmtes Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur

Minderung klimawirksamer industrieller Prozessemissionen aufzulegen;

- Noch im Jahr 2019 ein Gesetz vorzulegen, das die Einhaltung des Klimaschutzziels 2030 gewährleistet;
- bei einer schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung dafür Sorge zu tragen, dass die gesteckten Klimaziele für die Energiewirtschaft erreicht werden, die Energieversorgungssicherheit uneingeschränkt sichergestellt wird und dem Industriestandort Deutschland jederzeit ausreichend Energie zu bezahlbaren und international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Dabei gilt es insbesondere, die Belange der energieintensiven Industrien als Grundlage der industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland zu berücksichtigen und eine schleichende Abwanderung (z.B. durch fehlende Re-Investitionen) zu verhindern;
- den Strukturwandel in den Kohleregionen zu begleiten und vor einer Reduzierung der Kohleverstromung neue Perspektiven durch die Schaffung von Wertschöpfung und neuen Arbeitsplätzen für die Menschen vor Ort zu schaffen und die betroffenen Regionen finanziell zu unterstützen;
- in allen Sektoren Anreizsysteme zu entwickeln, um Treibhausgase einzusparen. So soll z.B. die energetische Gebäudesanierung auch steuerlich gefördert werden. Hierfür soll der Bundesfinanzminister zügig einen Gesetzentwurf vorlegen, der ein Wahlrecht des Antragsstellers zwischen einer Zuschussförderung und einer Reduzierung des zu versteuernden Einkommens beinhaltet;
- In allen klimarelevanten Sektoren Forschungs- und Entwicklungsmittel bereit zu stellen. So muss insbesondere in den Bereichen Mobilität und der damit einhergehenden Datenverarbeitung, dem Transport- und Logistiksektor, aber auch der der Landwirtschaft intensiv an neuen technischen Lösungen gearbeitet werden, welche die Effizienz, die Verlässlichkeit, aber auch die breite Verfügbarkeit bestehender Technologien deutlich erhöhen;
- den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen. Dabei ist unser Grundsatz "nutzen statt abregeln". Neben dem bedarfsgerechten Netzausbau und der Nutzung von power to x muss dafür gesorgt werden, dass ein besserer Interessenausgleich zwischen Erneuerbaren-Branche einerseits und Naturschutz- und Anwohneranliegen andererseits gewährleistet ist;
- dem Deutschen Bundestag spätestens im zweiten Quartal 2019 einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung nach Maßgabe des Koalitionsvertrags vorzulegen;
- den Quartiersansatz im Gebäudebereich stärker fördern, um bei energetischen Sanierungen, sinnvoll den klima- und sozialpolitischen Zielen Rechnung zu tragen;
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel in Deutschland stärker als bisher

verfolgen.

- die Nationale Klimaschutzinitiative fortführen und insbesondere die Förderung des kommunalen Klimaschutzes auszubauen.“

Fazit und Ausblick

Europa soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Dies hat sich die Europäische Kommission kürzlich auf die Fahne geschrieben. Auch alle Gebäude in Deutschland sollen bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein, wenn man sich die Ziele des Bundes ansieht. Dafür müssten wir bereits heute klimaneutrale Neubauten errichten, damit sie im Jahr 2050 nicht energetische Sanierungsfälle darstellen. Doch der neue Entwurf für das GebäudeEnergieGesetz (GEG 2019) stellt keinen erheblichen Schritt in diese Richtung dar, sondern führt größtenteils fort was wir seit 2016 planen und bauen. Nächstes Jahr soll das kommende Klimaschutzgesetz 2019 auch den Baubestand unter die Lupe nehmen und in Richtung Klimaneutralität weiterbringen. Ob und wie dies geschehen wird, werden wir erleben. Wir halten Sie jedenfalls weiterhin auf dem Laufenden.

Kontakt zur Autorin

→ Melita Tuschinski, Dipl.-Ing./UT, Freie Architektin
in Stuttgart, Herausgeberin und Redakteurin www.EnEV-online.de